



Bundesministerium
der Finanzen



Hartmut Koschyk
Parlamentarischer Staatssekretär

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Carsten Sieling
Platz der Republik
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 682-42 45

FAX +49 (0) 30 18 682-44 04

E-MAIL Hartmut.Koschyk@bmf.bund.de

DATUM 22. Juni 2010

BETREFF **Ihre schriftlichen Fragen Nrn. 156 und 157 für den Monat Juni 2010**

GZ **IV D 4 - S 1900/10/10039 :003**

DOK **2010/0470441**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Fragen,

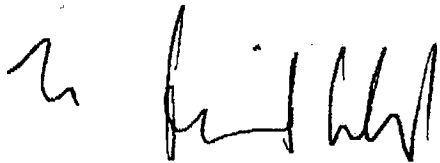
1. „Welche der in der politischen Diskussion befindlichen Instrumente (Finanztransaktionssteuer, Financial Activity Tax, Börsenumsatzsteuer, o.a.) beinhalten die für die Jahre 2012 bis 2014 im Rahmen der Pressekonferenz zur Kabinettklausur von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Vizekanzler Dr. Guido Westerwelle am 7. Juni 2010 angekündigten Steuereinnahmen durch die „Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzkrise“ (www.bundesregierung.de) und wie setzt sich die veranschlagte Summe von 2,0 Milliarden Euro insgesamt zusammen (Bitte nach Steuer-, Abgabentyp, Bemessungsgrundlage, Steuersatz, Steuersubjekt und Steueraufkommen aufschlüsseln.)?“
2. „Entspricht die von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Vizekanzler Dr. Guido Westerwelle im Rahmen ihrer Pressekonferenz zur Kabinettklausur am 7. Juni 2010 angesprochene „Finanzmarkttransaktionssteuer“ (www.bundesregierung.de) den vorliegenden Konzepten einer „Finanztransaktionssteuer“ oder einer „Financial Activity Tax“ usw. und wenn nein, auf welcher Berechnungsgrundlage fußt das Konzept einer „Finanzmarkttransaktionssteuer“ (Bitte nach Steuer-, Abgabentyp, Bemessungsgrundlage, Steuersatz, Steuersubjekt und Steueraufkommen aufschlüsseln.)?“

Seite 2 beantworte ich zusammenhängend wie folgt:

Für die Bundesregierung steht fest, dass der Finanzsektor über die Einführung einer Steuer einen substanziellen Beitrag zur Bewältigung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise und der hierdurch notwendigen Haushaltskonsolidierung leisten muss. Die Einführung und Ausgestaltung einer solchen Steuer ist zugleich Gegenstand internationaler Abstimmung.

Die Bundesregierung setzt sich sowohl im Rahmen der Beratung der G 20 als auch in der EU aktiv für eine international abgestimmte Besteuerung der Finanzmärkte ein. Dem Ergebnis dieser Beratungen kann nicht vorgegriffen werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized name or set of initials.